

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 2,00 Reichsmark, das halbjährliche 10,00 Reichsmark, das vierteljährliche 5,00 Reichsmark. Die Druckerei des Verlegers befindet sich in Halle a. S., Postfach 100. Die Redaktion befindet sich in Halle a. S., Postfach 100. Die Druckerei des Verlegers befindet sich in Halle a. S., Postfach 100.

Neues in Kürze.

Drohmaßnahmen und Radiotelegramme.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde dem deutsch-russischen Handelsvertrag zugestimmt.

Der Reichsregierung sind Sonderne von Anfragen aus Polen ausgemittelter Optanten eingegangen, durch Bemühungen bei der polnischen Regierung eine Rückkehr nach Polen zu ermöglichen. — Verschiedene Locarnoabspinnungen!

Aus dem westdeutschen Industriegebiet wird gemeldet, daß die Werkverwaltungen ihre Verhandlungen wahrzunehmen beginnen. Bei der Verhandlungsunterbrechung der höheren Tarifsklassen müßten 40 bis 50 Prozent der Beschäftigten mit ihren Entlohnungen rechnen, weil diese Mittel zur höheren Lohnzahlung verfügbar seien. In 49 Betrieben sind bis 20. November 43.250 Arbeiter entlassen worden.

Eine Haarnachricht aus Rom demontiert die Nachricht vom Tode des schifflichen Abbe Bettarelle. Die Nachrichten über seinen Gesundheitszustand seien fast übertrieben.

Wie Jones aus Brüssel meldet, hat gestern abend im Vertausch der letzten Kameradenerklärung in der Kammer anlässlich der amerikanischen Forderung über die Einfuhr von den britischen Subjektiv Außenminister Banderobbe einen Dramatisierung erlitten und sich zu Wort begeben müßten. — Wenn es noch eine schmerzhaft wäre gegenüber den amerikanischen Forderungen. Dann würden wir endlich wirklichen Frieden bekommen.

Die Krone der englischen Königin-Mutter wurde gestern nachmittags von Lord Balfour nach dem St. James-Palast in London übergeben, wo sie bis zur heutigen Bestattung aufbewahrt bleibt.

In englischen Unterhaus brachte der Arbeiterführer Tom Shaw das offizielle Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei gegen das Kabinett Baldwin ein, worin der Regierung vorgeworfen wird, daß sie es unterlassen habe, in den letzten drei Monaten irgendwelche Maßnahmen zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen, daß sie ferner eine unentschiedene Verhandlung der Arbeitslosen in Unterhaus angedeutet habe, die zu unangebrachter Befreiung in den bedürftigen Bezirken und zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung führe.

Der Generatrat des englischen Gewerkschaftsverbandes ergriff gemeinsam mit der Exekutivkommission eine Resolution zu der politischen Beurteilung der zwei Kommunistenführer, worin er seiner Enttätigung über die „ungehörigste Verletzung des Rechts der freien Meinungsäußerung“ zum Ausdruck bringt und baldige Freilassung der Beteiligten fordert.

Die Funkschiffe aller britischen Schiffe haben beschlossen, zum Protest gegen die geplante Herabsetzung der Höhe, Ende dieser Woche in den Streik zu treten. Die Zahl der Streikenden wird etwa 5000 betragen.

Der Comité für auswärtige Angelegenheiten in Paris ist gestern in Paris eingetroffen und hat in Begleitung des Comité-Vorsitzers Kommandant von Außenminister Briand einen Bericht abgegeben. Die Besprechung dauerte eine Stunde.

Die Londoner „Times“ melden aus Athen: In Corinthus und Larissa ist es zu militärischen Demonstrationen für die Wiedereinführung der Monarchie in Griechenland gekommen. Im Stadium veranstalteten die Fanatiker eine Gegenversammlung. In Athen regnet man ebenfalls mit politischen Überlegungen für den Monat Dezember.

Wie die Äthener Zeitungen aus Konstantinopel melden, haben die türkischen Behörden drei Mitglieder des Kongresses der griechischen Minderheit verhaftet, die nach Konstantinopel berufen worden waren, um über die Frage zu beraten, bis zu welchem Grad die neue türkische Verfassung den Bestimmungen des Konstantinopeler Vertrags betreffend die Minderheitenrechte entspricht. Diese Nachricht hat in Athen eine gewisse Aufregung verursacht.

Die Londoner „Evening Times“ melden aus Moskau: Der Große Sowjet beschloß wegen der Besetzung der ostindischen Eisenbahn durch japaner eine Note nach Tokio zu senden, in der auf die Gefahr von Zusammenstößen hingewiesen wird, wenn die japanischen Truppen ihre Operationen an die sibirische Grenze weiter vorrücken sollten.

Der König von Siam ist im Alter von 44 Jahren an Herzkrankheit gestorben. Er war in England erzogen worden und verlebte vergebens den letzten französischen Einfluß auf sein Land einzunehmen. Königsohn wird sein 32-jähriger Bruder.

Die Mehrheit für Locarno.

Berlin, 27. Nov. Der Reichstag stimmte gestern über die Locarno-Verträge ab. Artikel 1 des Gesetzes, welcher die Annahme des Sicherheitspaktes und der Schiedsverträge festsetzt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 271 gegen 109 Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen. Dagegen haben sich 111 Mitglieder der Nationalisten, die Kommunisten, die Sozialisten, die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Vor der Abstimmung über den Artikel 2, der zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, dem Reichstag die Zustimmung einbrachte, wurde eine namentliche Abstimmung über die Frage der Zustimmung einbrachte.

Die Reichsregierung wird erfußt, von der Ermächtigung des Artikels 2 nur Gebrauch zu machen, wenn sich durch weitere Tatsachen die Auffassung der Regierung bestätigt, daß die Gegenstände in den erwähnten Fragen, insbesondere den Fragen der Rheinlande, eine Politik der friedlichen Verständigung erfordert.

Abg. Reich erklärte weiter, seine Fraktion werde sich bei der jetzigen Abstimmung über den Artikel 2 der Stimme enthalten. Die oben genannte Entscheidung kann erit in der dritten Beratung (heute) zur Abstimmung kommen.

Sieraus wird namentlich abgelehnt über einen deutsch-nationalen Antrag, welcher dem Artikel 2 die Geltung anhängen will: Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes. Dieser Antrag ist mit 242 gegen 169 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt. Artikel 2 der Vorlage wird in einfacher Mehrheit angenommen.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der inhaltlich dasselbe befragt wie der oben angeführte Antrag der Deutschnationalen, wird mit 245 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt. Artikel 2 der Vorlage wird in einfacher Mehrheit angenommen.

„Rückwirkungen.“

Die „rannern“ — deutsche Landesarmeenführer usw. Einem Situationsbericht des Reichs „Echo“ aus dem besetzten Gebiet ist zu entnehmen, daß die Franzosen in der Triester Zone vier neue Garnitionen geschaffen haben. In Triest ist das Landesarmeehaus, das

1000 Landarme

beherbergt, mit 2400-jähriger Frist geräumt worden. Da die Franzosen sich inzwischen in der zweiten und dritten Zone auf eine Reihe von Jahren fest haben, werden die Wiederbefreiungen der französischen Besatzung im besetzten Gebiet, die am 1. Januar abgebaut werden sollen, inzwischen ihre Mietverträge auf vier Jahre verlängert haben.

Die „Bomben“ — „Kriegspol“ meldet aus Mainz, daß im französischen Besatzungsbereich am 1. Dezember acht neue Garnitionen errichtet werden. Es handle sich aber nur um eine „vorübergehende Maßnahme“.

Die „Bomben“ — „Kriegspol“ meldet aus Mainz, daß die Franzosen in Mainz, die durch die Besatzung am meisten belästete Stadt, der Oberbürgermeister hat gegen diese Wohnungsverhältnisse bei dem Kreisoberpräsidenten Einspruch erhoben und nach Berlin Dröhungen geschickt, die den Reichstag, den Reichsminister des Innern, die Reichsminister des Innern erlud, ihm bei der Verbitung der Beschlagnahme der 150 Wohnungen beizustehen. Ferner hat sich der Oberbürgermeister an den Ausschuss für die besetzten Gebiete gewandt.

Die amtliche französische Haasagentur meldet aus Mainz, der Generalstab der französischen Besatzungstruppen am Rhein hält die durch die Räumung der Kölner Zone und die Besetzung Wiesbaden durch die englischen Truppen notwendig gewordene Umgruppierung so gut wie beendet. Die Besatzungstruppen werden künftig auf drei Armeekorps, sechs Divisionen, darunter eine Kavalleriedivision bestehen. Die Truppen, die in Wiesbaden gehalten haben, werden nach Mainz verlegt werden, als Ersatz für die 42 Divisionen, die als Verstärkung nach Mainz verlegt werden, und die ebenso wie die 5. und 6. Kavalleriearmee nach Frankreich zurückgeführt. Der Generalstab des 30. Armeekorps wird nach Koblenz verlegt. Dieser Kommando führt General von Mainz die Umgruppierung der Truppen der besetzten Gebiete nicht vornehmen, sondern im gewissen Maße die Truppenstärke vermindern.

Abstimmung angenommen, ebenso Artikel 3, nach welchem das Gesetz mit dem die Verlängerung jenseitigen Tage in Kraft tritt.

Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Seite 12 folgt die dritte und letzte Beratung.

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ Dr. Stresemanns, meldet: Die Unterzeichnung des Locarnovertrages wird, wie jetzt festgestellt ist, durch die Vorkämpfer, sondern durch Delegierte erfolgen. Die deutschen Delegierten Reichsminister Dr. Luther, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, werden sich mit den Staatssekretären v. Schubert, Dr. Kempner und Ministerialdirektor Dr. Gang nach London begeben, um die Unterfertigung zu vollziehen. Für den Aufenthalt in London sind 2-3 Tage vorgesehen.

Rückwirkungen und Völkerbund.

Eine Entscheidung der Locarno-Parteien.

Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei gemeinsam folgende Entscheidung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, mit allen Kräften bemüht zu sein, um bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine dem Sinne des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Erweiterung der sogenannten Rückwirkungen zu sichern. — Wie wir vorher, wird auch die Deutsche Volkspartei dieser Entscheidung zugestimmt, falls ihre eigene Entscheidung abgelehnt werden sollte. Die Sozialdemokraten werden, wie wir weiter erfahren, die gemeinsame Entscheidung der drei genannten Parteien unterstützen.

Die Londoner „Daily Chronicle“ meldet aus Berlin: Die gestrigen Besuche des englischen und des französischen Vorkämpfers im auswärtigen Amt dienen dem Zwecke einer Information auf die deutsche Regierung über die Verhandlungen der Rückwirkungen im besetzten Gebiet.

Die neuen Gruppenveränderungen in der Besatzung und Artikel 2 des Locarno-Vertrages, die die Besatzungstruppen erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begonnen werden können.

Wie berichtet, hat die deutsche Regierung die Besatzung der Vorkämpfer in Paris gegen die Verstärkung der Besatzung in der zweiten und dritten Rheinlandzone protestiert. Weshalb der Abbau der Besatzungstruppen erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begonnen werden könne, ist nicht ersichtlich.

Die Vorkämpferkonferenz ist gestern vormittag in einer Sitzung zusammengetreten, der Ministerialrat teilnahm. Sie hat sich mit verschiedenen Punkten der letzten Entwurfsmaßnahmen in Deutschland befaßt, sowie mit der Umgruppierung der Besatzungstruppen im Rheinlande, die durch die Räumung der Kölner Zone, mit der am 1. Dezember begonnen werden soll, als notwendig erweisen haben.

Es wird so so langsam Zeit, daß die Vorkämpferkonferenz sich „mit Maßnahmen beschäftigt“. Wenn die Maßnahmen dann eintreffen, wenn Locarno ohne sie unterzeichnet ist, ist es allerdings nicht mehr eilig, denn der „Geist von Locarno“ wird die Franzosen nicht sonderlich drängen.

Herriot verzichtet.

Briland soll das Kabinett bilden.

In der gestrigen Vormittagsitzung der französischen sozialistischen Kammer wurde zur Entscheidung eines Finanzplans einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Die sozialistische Fraktion stellt ihrerseits fest, daß eine Verlängerung mit den Vertretern der Rätepartei in der Kammer und im Senat bezüglich der Finanzfrage nicht hat ermöglicht werden können, da zwei Auffassungen einander überlegen. Das von den übrigen Parteien vertretene Regierungsprogramm entspricht nicht der Auffassung, die die sozialistische Partei nicht da die Befähigung der sozialistischen Partei nicht ein Einfluß entsprechend der Verantwortung, die man von ihr fordert. Sie erklärt deshalb einstimmig, das von Herriot ihr gemachte Anrecht einer Zusammenarbeit nicht annehmen zu können.

Herriot hat darauf die Bildung des Kabinetts abgelehnt.

Briland hatte eine dreiwöchentliche Unterredung mit dem Präsidenten der Republik und erklärte danach, der Präsident habe ihn gebeten, ein Kabinett zu bilden. Herriot, der gegenwärtigen Lage habe er nicht geglaubt, dem Präsidenten der Republik seine Unterfertigung versagen zu dürfen.

Wie berichtet, will Briland die Bildung einer bürgerlichen Regierung ohne Sozialdemokraten versuchen.

Kommunalfinanzen.

Es ist eine der letzten Taten des früheren Reichsaussenministers von Schönerer gewesen, die Vertretung der Kommunen und zwar eben die Städte wie der Kreistheile und Provinzen zusammenzuführen und sie auf die fatalistischen Rückgänge in den Reichseinkünften der letzten Monate aufmerksam zu machen. Denn an diesen Einkünften mußten sich die Kommunen ganz außerordentlich interessiert, weil ja davon auch die Höhe der Überweisungen ganz wesentlich abhängt. Gleichwohl damit ist auf der Konferenz auch von Reichsaussenminister von Schönerer namentlich der Städte späterer Zeit erhoben worden, und schließlich wurde das alte Maßrecht der äußeren Staatlichkeit gelassen. Die Kommunen sollten bei ihrer Hauswirtschaftsstellung von vornherein mit einem großen Rückgang auf der Einkommensebene rechnen, obwohl was die eigenen Einkünfte anging, wie die Überweisungen angehe.

Die Reichsaussenminister hat in der Vertretung drei Präsidenten Dr. Schacht, gleichzeitig der Ministerpräsident der Kommunen vor allem deswegen nicht abgelehnt, sondern gerade deshalb, weil die größere Zahl der kommunalen Auszubehilften den Kurs der deutschen Reichsdollarschleife bedroht. Der Kurs ist nämlich hoch nicht unbedingt notwendig, damit werden aber, z. B. die Kreditinstitute die Obligationen, was die deutschen Reichsdollarschleife im Ausland unterzubringen, beträchtlich eingeschränkt. Dazu kommt noch die zweite Vertretung des Reichsaussenministers über die Industrieobligationen, die natürlich nur zu einem weit unter dem Weltmarktwert liegenden Zinssatz legen werden dürfen. Und schließlich ist die Eingabebeurteilung und überhaupt Eingabebeurteilung für den deutschen Präsidenten Reichsaussenminister nicht befürwortet, als das schon der Fall ist, wenn nun auch die Kommunen dementsprechend als Geldbesitzer auf dem Weltmarkt erfinden.

Grundständig ist überhaupt der Auslandskredit für die deutsche Kommunen zu befürworten, vor dem Kriege haben die Kommunen den Kreditkredit in einem mehr als bescheidenen Umfang befragt worden, so daß das Ausland eigentlich in der Hauptsache lediglich durch Böhmen aus dem Auslandskredit befragt worden, so daß die Schuldverpflichtungen zum Gläubiger modern, was die Frage kommende Betrag überhaupt sehr gering war, weil nur ein ganz kleiner Teil deutscher Kommunalkredit in auswärtigen Börsen zugelassen war.

Angesichts der Wirtschaft und Kreditlage, in der sich Deutschland befindet, müssen natürlich diese Grenzen der kommunalen Kreditbeziehung weiter gelockert werden als damals; es hat aber natürlich eine gewisse betrieblige Grenzen überhaupt nicht gegeben, so daß die Schuldverpflichtungen der deutschen Kommunen jetzt sehr erheblich gemindert ist. In letzter Zeit hat aber die Aufsichtsstelle, von deren Genehmigung die Begebung der Anleihen endlich entschieden werden muß, in letzter Zeit getroffen und schließlich ist, im Anschluß an die Reise Dr. Schachts nach Amerika, die Verfügung erlassen, daß derartige ausländische Anleihen nur noch in Ausnahmefällen zu genehmigen sind. Bei der oben erwähnten Anleihen der Reichsaussenministers mit den Vertretern der Kommunen ist dieses wohl auch mit einer Deutlichkeit gesagt worden, daß nicht gar so selten die Anleihen beizubehalten, „in das Straßenplaster werfen“, d. h. zu allem anderen anderen, was die Kommunen zu Zwecken verwannt werden, ist überhaupt dazu, ein Defizit in den laufenden Haushaltsgebühren durch Anleihen zu befürworten.

Die Reichsaussenminister hat in einer Sitzung den kommunalen Kreditkredit, die dabei ausgeprochen, daß bei der Genehmigung von Anleihen selbstverständlich die Schuldverpflichtung als unbedingt notwendig und ihre Verwertung als ebenso unbedingt „werbend“ bargelegt werden müsse und daß dieser Nachweis nur in seltenen Fällen aus wirklich geäußert werden. Natürlich hat das in den wirtschaftlichen Krisen sehr viel Äußerung erregt, bleibt aber nichts desto weniger noch herstellend.

Die Anlage in ernstlich wachsender Form wird häufig überhaupt nur durch steuerliche Bevorgung der kommunalen Betriebe oder durch den Monopolcharakter erreicht, durch den die Kommunen ihren wirtschaftlichen Betriebe ausgliedern. Ein Ausschere erregendes Beispiel hierfür stellen gewisse landliche Kommunaltreibe, vor allem in der Provinz, aber über den „Rentabilität“ der kommunalen Betriebe allerdings ebenfalls ein gewisses Maß an Zweifel, die natürlich nicht als alleinige Ursache in Anspruch genommen werden konnte. Dabei kommt natürlich die Rücknahme auf die Erhaltung der Rentabilität hinzu, die natürlich in Konflikt mit dem Einkommen der kommunalen Betriebe steht. Die Vertretungen auf die Höhe der Vertretung und den kommunalen Arbeitsleistungen ausüben. Beispiele hierfür gibt es unio massenhafter, als ja auch die Schicksal und Sozialpolitik zahlreicher Kommunen die Vertretungen der wirtschaftlichen Angelegenheiten vermissen läßt.

Das Ausschere des Staates über die kommunalen Haushalte ist praktisch ziemlich wertlos geblieben, da die Ausgaben nur zum geringen Teil durch die kommunalen Haushalte gedeckt werden, die Defizitlasten geteilt werden, was aber, was bisher, in die Öffentlichkeit gebracht wurde oder gebracht ist, wird festgestellt werden, daß eben der Personal- und die Defizitlasten in teilweise ungeheurer Form angefallen ist. Man erwidert darauf, daß

